

Liebe Frauen,

ich wurde eingeladen, heute zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht – Herausforderungen für die Demokratie heute“ zu sprechen. Dieser Bitte komme ich sehr gerne nach.

Ich bin 25 Jahre alt und damit Teil einer Generation, die das Glück hat, dass mutige und engagierte Frauen bereits viele Kämpfe für uns ausgefochten haben und viele Rechte erstritten haben. Ein wesentliches Recht ist das Wahlrecht für Frauen, was sich dieses Jahr zum 100. Mal jährt. Doch wie sah der Weg bis zum Erreichen des Frauenwahlrechts aus?

1848 galt in Preußen das Dreiklassenwahlrecht, das es Männern ab 25 Jahren ermöglichte, zu wählen. Frauen und Fürsorgeempfänger waren davon ausgeschlossen. Ab 1850 wurde es Frauen sogar explizit verboten, in Vereinen und Verbänden Mitglied zu sein, sodass erste Frauenrechtlerinnen anfangen, die gleichen Rechte wie Männer einzufordern. Insbesondere die SPD, aber auch Frauen außerhalb der SPD kämpften um 1900 für die Rechte von Frauen. Während die gemäßigte Frauenbewegung ein eingeschränktes Wahlrecht anstrebte, forderten die radikaleren, sozialistischen Frauen um Clara Zetkin das allgemeine Frauenwahlrecht. Das Vereinsrecht wurde 1902 gelockert, sodass Frauen fortan zu Veranstaltungen politischer Parteien gehen durften. Sie durften jedoch nur zuhören und mussten sich in gesondert gekennzeichneten Bereichen aufhalten. 1908 wurde das Vereinsrecht schließlich aufgehoben, sodass Frauen in Parteien und Organisationen über politische Themen beraten durften. Mit dem Ende des 1. Weltkriegs und der Ausrufung der Weimarer Republik waren endlich auch Frauen wahlberechtigt. Im November 1918 wurde das aktive und passive Wahlrecht für alle Bürger*innen ab 20 Jahren beschlossen. In der Verfassung ist zu lesen „Männer und Frauen haben grundsätzlich die selben Rechte und Pflichten.“.

Doch wie das immer so ist: Auf jeden Fortschritt folgt bekanntermaßen ein Rückschritt. So wurde das Frauenwahlrecht unter der Nazidiktatur stark eingeschränkt. Frauen wurde das passive Wahlrecht wieder entzogen.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde das passive Wahlrecht für Frauen wieder eingeführt. Dank Elisabeth Selbert, einer der vier "Mütter des Grundgesetzes", wurde der Satz "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" am 23. Mai 1949 im Artikel 3, Abs. 2 unseres Grundgesetzes als Verfassungsgrundsatz aufgenommen.

Dass es sich mit der Aufnahme dieses Verfassungsgrundsatzes ins Grundgesetz in Sachen Gleichberechtigung nicht getan hatte, dass muss ich in dieser Runde denke ich nicht weiter ausführen. Doch in Anbetracht erstarkender rechter Parteien in ganz Europa stellt sich glaube ich vielen von uns die Frage, welche Herausforderungen sich für die Demokratie heute aus Frauenperspektive stellen.

Wir alle müssen aktuell einen Backlash in unserer Gesellschaft beobachten. Nicht nur was Frauenrechte angeht, auch in Bezug auf die Rechte von Geflüchteten, Homosexuellen und anderen Minderheiten wird man mit einem zunehmend „konservativen“ Weltbild konfrontiert, wobei „konservativ“ oftmals nur ein Euphemismus für rassistisch, sexistisch, homophob oder sonst irgendwie menschenfeindlich ist.

Mit der AfD haben wir in fast allen deutschen Parlamenten eine Partei vertreten, die sehr deutlich macht, wie ihr Frauenbild aussieht. So sagte Nikolaus Kramer, Fraktionschef der AfD in Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise, dass Männer mehr für die Politik gemacht seien als Frauen. Die eine oder andere von Ihnen erinnert sich vielleicht auch noch an die Wahlplakate der AfD mit Sprüchen wie „Burkas? Wir steh'n auf Bikinis“ und zwei nur im Bikini bekleideten, von hinten abgebildeten Frauen. Eine offen rassistische und sexistische Partei als größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. Dies ist denke ich eine ganz klare Herausforderung für unsere Demokratie, nicht nur, aber insbesondere aus Frauenperspektive.

Bleiben wir beim Thema Parlamente. Hier müssen wir beobachten, dass der Frauenanteil unter den Abgeordneten wieder sinkt. Während der Frauenanteil im Bundestag in der letzten Legislaturperiode bei 36,3 % lag, liegt er jetzt nur noch bei 30,9 %, was so niedrig ist wie zuletzt 1998. Ähnlich sieht es im schleswig-holsteinischen Landtag aus. 2009 waren 36,8 % der Abgeordneten weiblich, 2012 waren es 31,9 %, heute sind es nur noch 30,1 %. Damit ist der Frauenanteil so niedrig wie seit Ende der 80er Jahre nicht mehr.

Es entscheiden also wieder zunehmend mehr Männer über die Lebenssituationen von Frauen. Auch dies ist meiner Meinung nach eine klare Herausforderung für unsere Demokratie. Schließlich sollten Parlamente möglichst die gesellschaftliche Realität abbilden und die besteht nun einmal nicht nur zu weniger als Einem Drittel aus Frauen, sondern zur Hälfte.

Möglicherweise erklärt die niedrige Repräsentanz von Frauen in Parlamenten auch die Art, wie beispielsweise Debatten um den sogenannten Abtreibungsparagrafen geführt werden, wie wir es Anfang des Jahres erleben mussten. Wir Grüne sind dafür, § 219a StGB ersatzlos zu streichen, um es Frauen zu ermöglichen, sich über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren. Mir als Grünen fällt es

schwer, Verständnis dafür aufzubringen, was dagegen spricht. Aus einer männlichen Perspektive heraus, muss das Ganze scheinbar sehr anders aussehen...

Natürlich ist das Ganze jedoch nicht so einfach, dass man sagen könnte, Männer seien die Wurzel allen Übels und mit einer Erhöhung des Frauenanteils unter den Parlamentarier*innen seien alle Probleme gelöst. Gerade letzte Woche habe ich wieder zum Jour Fixe in den Landtag geladen, wobei wir uns dieses Mal über Frauen und Rechtsextremismus ausgetauscht haben. Das Regionale Beratungsteam gegen Rechtsextremismus aus Kiel gab uns einen spannenden Input.

So sind circa 33 % derjenigen, die rechte Parteien wählen, Frauen und auch in den rechten Organisationen finden sich zu 10 – 33 % Frauen. Besonders perfide wird auf Blogs wie „radikal feminin“ und „120 Dezibel“ vorgegangen. Es handelt sich um antifeministische Blogs, die Verbindungen zur Identitären Bewegung haben. Sie instrumentalisieren Gewalt gegen Frauen, um ihre rassistische Hetze gegen Geflüchtete, gegen die „importierte Gewalt“ und „Überfremdung“ zu verbreiten.

Wir sehen also, an Herausforderungen für die Demokratie aus Frauenperspektive mangelt es nicht. Welche politischen Handlungsperspektiven gibt es, um dagegen zu halten?

In meiner parlamentarischen Arbeit liegt der aktuelle Fokus unter Anderem beim Thema Gewaltschutz. So wurden die Investitionsmittel für Frauenhäuser gerade um weitere 3,3 Millionen Euro aufgestockt, sodass nun insgesamt 6,3 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Auch die Integration geflüchteter Frauen in den Arbeitsmarkt möchte ich voranbringen. Weiterhin ist am 1. Februar 2018 die Istanbul-Konvention für Deutschland in Kraft getreten und hat den Weg für neue bundesweite Standards und landesspezifische Verfahren bereitet. Die Istanbul-Konvention ist als Meilenstein zu betrachten, da die europäischen Staaten das erste Mal durch einen völkerrechtlichen Vertrag zu umfassenden und spezifischen Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie zum Schutz der Opfer verpflichtet werden. Gemeint sind dabei alle Formen körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt, Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation. Gesetzlich festgeschrieben ist außerdem Rechtsberatung, psychologische Betreuung und finanzielle Beratung. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, strukturell und aktiv gegen diese Formen der Gewalt vorzugehen. Dies schließt auch die Bereitstellung von finanziellen und personellen Mitteln sowie die Förderung von NGOs und Zivilgesellschaft ein.

Allgemein empfinde ich in Bezug auf Handlungsperspektiven folgende Gedanken wichtig.

Wir dürfen den Feminismus-Begriff und den Kampf um Frauenrechte, wie zum Beispiel Gewaltschutz, nicht den Rechten überlassen. Der Feminismus-Begriff hatte wahrscheinlich schon immer ein Image-Problem. Wir anstrengenden Feministinnen mit unserer Political Correctness... unserem „Gender-Wahn“... und überhaupt, wir würden ja Männer hassen. Wenn feministische Themen, wie

Gewaltschutz, jetzt von Rechts vereinnahmt werden, dann wird es gefährlich. Feminismus darf nicht als Deckmantel für Rassismus fungieren!

Wir müssen die Perspektiven unterschiedlicher Frauen zusammenbringen. Auch innerhalb des feministischen Diskurses fühlt es sich manchmal so an, als würden wir aneinander vorbeireden. „Ältere“ Generationen von Feministinnen finden uns „Jüngere“ nicht radikal genug, wir „Jüngeren“ müssen Verständnis dafür aufbringen, dass wir ohne diese „Radikalität“ vielleicht einige Rechte, die uns jetzt als normal erscheinen, gar nicht hätten.

Nicht alle Frauen haben die gleiche Lebensrealität. Es wäre ja fast schon schön, wenn wir Frauen uns „nur“ mit Sexismus auseinandersetzen müssten. Aber so „einfach“ ist das nicht. Eine Rollstuhlfahrerin sieht sich mit anderen Problemen konfrontiert als eine Frau, die nicht im Rollstuhl sitzt und eine Schwarze Frau macht andere Diskriminierungserfahrungen als eine weiße Frau. Diese unterschiedlichen Lebensrealitäten und Diskriminierungserfahrungen müssen wir berücksichtigen, um möglichst viele Frauen einzubeziehen – Stichwort Intersektionaler Feminismus!

Was wir heutzutage merken, ist, dass wir uns über Parteigrenzen hinweg solidarisieren müssen und gemeinsam kämpfen müssen, denn der Kampf um Frauenrechte funktioniert nicht alleine. Ich habe daher angefangen alle 3 Monate, zum Jour Fixe Frauenpolitik einzuladen. Diese Treffen richten sich an NGOs, Verbände, Parteien und Frauen aus der Zivilgesellschaft, um sich auszutauschen, zu vernetzen und voneinander zu lernen. Ich freue mich sehr, dass diese Treffen bisher immer sehr gut besucht waren und von Vertreterinnen der „alteingesessenen Verbände“ über studentische Initiativen bis zu den frauenpolitischen Sprecherinnen meiner Koalitionspartner*innen zahlreiche Frauen kamen.

Liebe Anwesende, sehen Sie dies gerne als Einladung, sich beim nächsten Jour Fixe dazu zu gesellen.

Abschließend möchte ich Folgendes sagen.

Vom eingangs erwähnten Backlash in unserer Gesellschaft sind viele Menschen betroffen, nicht nur Frauen. Wenn wir diesem ernsthaft entgegenwirken möchten, müssen wir uns über politische Grenzen und Kategorien wie Hautfarbe, soziale Herkunft oder sexuelle Identität hinweg solidarisieren.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.